

Rettet die Wahl!

Lieber SPÖ-Bundesparteivorstand,

seien wir uns ehrlich: der Start der Vorsitzwahl verlief ziemlich holprig. Die bisherige Umsetzung vermittelt im besten Fall das Bild von Unprofessionalität, im schlechtesten Fall eines mutwillig chaotisch orchestrierten Prozesses mit dem Ziel, die Mitbestimmung der Parteimitglieder zu diskreditieren.

Doch konzentrieren wir uns jetzt auf die notwendigen Schritte, die nach der Mitgliederbefragung zu einer geeinten Sozialdemokratie mit einem handlungsfähigen Parteivorsitz führen. Dafür ist es notwendig, dass die Gewinnerin bzw. der Gewinner tatsächlich eine **absolute Mehrheit der Parteimitglieder** hinter sich hat. Zudem muss die Mitgliederbefragung so gestaltet sein, dass sie von den Mitgliedern als fair empfunden wird und das Ergebnis nicht aufgrund von Ungereimtheiten in Frage gestellt werden kann. Andernfalls ist zu befürchten, dass ein Teil unserer Partei enttäuscht wegbricht und interne Konflikte in den nächsten Jahren vorprogrammiert sind. Es besteht allerdings die Chance, dass durch einen fairen, geordneten Prozess die Partei mit neuem Schwung aus der Krise gehen kann.

Was ist also zu tun?

1. Eine Stichwahl unter den Parteimitgliedern ist unabdingbar.

Erreicht kein:e Kandidat:in über 50% bei der Mitgliederbefragung, so ist eine Stichwahl notwendig, damit der Sieger oder die Siegerin eine absolute Mehrheit der Mitglieder hinter sich hat.

Es ist durchaus realistisch, dass die drei Bewerber:innen ca. ein Drittel der Stimmen erreichen. Der Kandidat oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen (also mit relativer Mehrheit) wäre somit ohne die Stimmen von fast zwei Drittel der Mitglieder gewählt. Erinnern wir uns: Mit einer relativen Mehrheitswahl wäre Norbert Hofer im Jahr 2016 Bundespräsident geworden!

Wir hatten ursprünglich ein Präferenzwahlverfahren vorgeschlagen, in dem die Kandidat:innen nach Präferenz gereiht werden. Das wäre die mit Abstand beste und billigste Lösung gewesen. Wahrscheinlich ist dieser Zug bereits abgefahren. Eine Stichwahl unter den Mitgliedern - und nicht unter den Delegierten am Bundesparteitag - könnte aber dem Prozess die notwendige Legitimation verschaffen.

2. Der Prozess muss fair und transparent sein!

Eine parteiinterne Wahl ist nur dann fair und demokratisch, wenn alle drei Kandidat:innen den gleichen Zugang zu den Ressourcen der Partei haben. Die Sekretariate und hauptamtlichen Mitarbeiter:innen der Partei müssen daher strikte Neutralität walten lassen. Der Parteiapparat darf nicht dafür genutzt werden, um einem Kandidaten oder einer Kandidatin einen Vorteil zu verschaffen. Insbesondere sollen die Kommunikationskanäle der Partei (Twitter, Facebook, Newsletter etc.) nicht dafür genutzt werden, für eine:n Kandidat:in zu werben. Allen drei Kandidat:innen muss in gleichem Ausmaß die Möglichkeit eingeräumt werden, sich an die Mitglieder zu richten. Alle Kandidat:innen sollen auch auf dieselben Informationen zugreifen können. Insbesondere das Wähler:innenregister muss für alle kandidierenden Personen einsehbar sein.

Außerdem müssen alle Kandidat:innen die Möglichkeit haben, eigene Wahlzeug:innen zur Auszählung der Stimmen zu schicken.

3. Ein guter Meinungsbildungsprozess benötigt Information

Damit sich alle Mitglieder von den Kandidat:innen und ihren Programmen bzw. Schwerpunkten ein gutes Bild machen können, muss die Partei dafür sorgen, dass die Mitglieder die benötigten Informationen zur Wahl bekommen.

Deshalb sollen die Kandidat:innen samt ihren Programmen auf der Homepage www.spoe.at vorgestellt werden. Gemeinsam mit den Wahlunterlagen soll auch eine Broschüre ausgesandt werden, in der sich die Kandidat:innen selbst vorstellen können.

Zudem sollten Hearings mit allen kandidierenden Personen angeboten werden, damit auch unterschiedliche Vorstellungen über Themenschwerpunkte und Parteistrukturen diskutiert werden können. Um allen Parteimitgliedern eine Teilnahme zu ermöglichen, sollen die Hearings unter den Mitgliedern beworben und gestreamt werden.

4. Wertschätzung für innerparteiliche Mitbestimmung

Bislang machen die Verantwortlichen in der Löwelstraße den Eindruck, dem Prozess der Vorsitzwahl und der Mitbestimmung durch die Mitglieder eher ablehnend gegenüberzustehen. Die Beitrittsfrist wurde sehr knapp angesetzt. Die Sekretariate, welche den Mitgliederandrang zu bewältigen hatten, wurden mit den organisatorischen Herausforderungen alleine gelassen. Dabei sind unsere Mitglieder - egal ob neu oder schon länger dabei - die wichtigste Ressource unserer Partei. Den Neumitgliedern muss vermittelt werden, dass sie in der SPÖ herzlich willkommen sind. Potentiellen organisatorischen Herausforderungen (z.B. wenn sollten Mitglieder keine Wahlunterlagen bekommen) muss mit Kulanz begegnet werden.

5. Die Vorsitzwahl professionalisieren und im Statut verankern

Auch wenn im bisherigen Prozess der Vorsitzwahl nicht alles glatt lief, ist die Einbindung der Mitglieder bei inhaltlichen und personellen Fragen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wie man aber in den letzten Wochen gesehen hat, bedarf es dafür ein gutes Regelwerk, das nicht erst im Rahmen des Prozesses entsteht. Deshalb müssen die Spielregeln der Direktwahl des Parteivorsitzes sowie der Bestimmung der Spitzenkandidatur am kommenden Bundesparteitag im Statut der SPÖ verankert werden.

Trotz des holprigen Starts hat sich bereits jetzt gezeigt, welch ungeheures Potential die Mitbestimmung der Mitglieder für unsere Partei birgt. Wir appellieren, diese Chance zu nützen und die dafür notwendigen Schritte zu setzen.

Rettet die Vorsitzwahl im Interesse unserer Partei!